

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 82.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Riesa 1530,
Strohkasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 103.

Dienstag, 3. Mai 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Zuschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Geschäftsart: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Voetgasse 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Das unbelehrbare Frankreich.

W.D. Die französische Politik hat auf die politische, finanzielle und wirtschaftliche Gestaltung in der ganzen Welt einen großen Einfluß. Begreiflich also, wenn die französischen Kammerwahlen, die am Sonntag ausgefochten wurden, Bedeutung weit über die Grenzen Frankreichs hinaus besaßen. Die Kommentare, die jetzt in der ganzen Welt geschrieben werden, laufen übereinstimmend in der Beurteilung hinaus, ob die Regierung Lardieu eine Mehrheit erhalten hat oder erhalten wird, ob also der Rechtskurs in Frankreich am Ruder bleibt oder durch eine Linksbewegung abgelöst werden soll. Und zwar deshalb die Untersuchung der Wahlergebnisse nach diesen beiden Gesichtspunkten, weil man weiß, daß die Rechtsregierung in Frankreich geeignet ist, den strengen Kurs der französischen Politik fortzusetzen, die Verständigungsmöglichkeiten zwischen den Mächten zu erschweren. Es braucht keiner Beweise, daß die weltpolitische Entwicklung im günstigen Sinne vorwärts getrieben worden wäre, wenn nicht bei allen schwebenden Verhandlungen mit französischen Einsprüchen zu rechnen gewesen wäre. Bleibt Lardieu weiter am Ruder, was nach dem bisherigen Ueberblick der Kammerwahlen selbstverständlich zu sein scheint, so werden alle Staatsmänner anderer Länder mit ersten Bedenken den kommenden, so außerordentlich wichtigen Verhandlungen entgegensehen.

Die Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis der Kammerwahlen können erst später gezogen werden. Heute zunächst die Feststellung, daß bisher ein Bruchteil der Mandate vergeben wurde und daß eine Woche später, in den Stichwahlen, die endgültige Entscheidung fallen muß. Ist auch eine unbedeutende kleine Verschiebung aus dem bisherigen Ergebnis erkennbar, so dürfte sie nicht hinreichen, um die durchaus starke Regierungsmehrheit der letzten Periode zu gefährden. Und damit ist der Beweis erbracht, daß es in der Politik keine Regelmäßigkeiten ergebe. In Frankreich war es seit dem Friedensschluß so, daß abwechselnd jede Wahl eine andere Konstellation brachte, eine Rechtsmehrheit, eine Linksmehrheit, folgte, die wieder durch eine Rechtsmehrheit abgelöst wurde, infolgedessen rechnete man damit, daß nach den letzten Reichswahlen diesmal ein Wahlsieg der Linken kommen werde. Gewiß hat hierbei der Wunsch als Vater des Gedankens geholfen. Aber diesmal haben nicht so marxante innerfranzösische Fragen in der Wahlbewegung eine Rolle gespielt, wie stets in den letzten Jahrzehnten, es kam vielmehr eine starke außenpolitische Tendenz in der Agitation zur Geltung und diese Tendenz vermag nicht so auf die französischen Wählermassen zu wirken, wie das in anderen Ländern vielleicht der Fall ist.

Und damit kommt man auf eine Untersuchung der französischen Mentalität überhaupt. Sie ist anders geartet wie die anderer Völker. Unbedingt ist der Durchschnittsfranzose ein Freund des Friedens, ein Freund der Verständigung auch mit Deutschland. Er kennt aber nicht die großen Zusammenhänge der Außenpolitik und ist hier folglosam der Argumentation der leitenden Regierung. Wenn die französische Regierung einen Kurs fest und unbeirrt vertritt, wird kein Franzose es wagen, an diesem Kurs eine Kritik zu üben. Selbst links eingestellte Wähler suchen die Methoden einer Rechtsregierung nach Kräften zu weichen und sofern sie nicht mit allem einverstanden sind, Entschuldigungen vor allem nach nationalen Gesichtspunkten, die ja stets in Frankreich in den Vordergrund geschoben werden und von denen sich der Durchschnittsfranzose gefangen nehmen läßt. Wenn eine Regierung es versteht, was sie auch unternimmt, mit dem nationalen Mäntelchen zu bekleiden, so wird sie auch bei ausgesprochenen politischen Gegnern Gefolgschaft finden. D. h. man wird den Kurs gutheißen und nur die Durchführung der Richtlinien bekennen. Hinzu kommt, daß die französische Regierung das Instrument der Presse vorzüglich zu spielen versteht und die französische Presse fast einheitlich, sogar eine übertriebene nationale Tendenz verfolgt. Sie beeinflusst den Leser in der Hauptsache nach nationalen Gesichtspunkten und voreinstimmlich ihm jene Entwicklung in anderen Ländern, die durch eine Umwälzung der französischen Politik gebessert werden könnte. So hat es auch die französische Presse verstanden, die öffentliche Meinung in Frankreich dahin zu beeinflussen, den immer stärker fühlbaren Niedergang der französischen Wirtschaft von dem Weltwirtschaftsgeschehen abzulösen. Der Durchschnittsfranzose weiß nicht, daß die wirtschaftlichen Vorgänge in Frankreich, z. B. die Steigerung der Arbeitslosigkeit in ursächlichem Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise steht, er weiß infolgedessen auch nicht, welche Versuche unternommen werden, um die Weltwirtschaft anzukurbeln und daß die französische Politik eine Erschwerung aller Besserungsmöglichkeiten zur Folge hatte. Für ihn ist die französische Politik eine konsequente Verfolgung notwendig gezogener Richtlinien, von denen abzuweichen eine Gefahr für ganz Frankreich wäre.

Gewiß gibt es auch Kreise in Frankreich, die klarer sehen. Hier ist aber von der Masse der Wähler die Rede, die wie in jedem Lande die Dinge durch die Parteilinie der Agitation sehen und durch Schlagworte eingefangen werden. Noch immer aber sind jene Schlagworte von den nationalen Selbstbehauptungen am meisten wirksam. So ist es nicht überraschend, wenn Lardieu als Sieger von der Wahlstatt heimkehrt und dem alten Kurs der französischen Politik weiter verfolgen wird, der für die ganze europäische Politik im besonderen von unendlichen Gefahren sein muß. Möglich, daß die französische Regierung nach ihrem Wahlsieg sowie Vernunft aufbringt, Lockerungen der starren Linie des Carlismus und des eingetretenen Selbstbehaltungs-

Polnische Putschabsichten in Danzig.

W.D. Schon seit etwa acht Tagen kamen aus Danzig alarmierende Gerüchte über polnische Putschabsichten. Jetzt hat sich die Lage derart verschärft, daß der Völkerbundskommissar in Danzig Graf Gravin a sich an das Völkerbundsekretariat in Genf gewandt haben soll. So berichten wenigstens die Sonderkorrespondenten englischer Blätter, die besonders gute Beziehungen zu Gravin unterhalten. Nach Auffassung maßgebender deutscher Stellen sind aber amtliche polnische Kreise an den angeblichen Putschvorbereitungen nicht beteiligt. Trotzdem betrachtet man in der Wilhelmstraße die Lage als ernst und betont, die deutsche Regierung werde mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln solchen Plänen entgegenzutreten, sie werde auch schärfste Wachsamkeit üben, sich also nicht auf den Völkerbund verlassen, der ja zunächst die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Danzig trägt.

Weitere Erklärungen zu den englischen Alarmmeldungen über Danzig.

Berlin. Zu den Alarmnachrichten englischer Blätter über einen beabsichtigten Handstreich auf Danzig, die be-

reits von dem Völkerbundskommissar bementiert worden sind, sind inzwischen hier weitere Erklärungen sowohl von polnischer wie von Danziger Seite eingegangen. In der Danziger Verlautbarung wird das Auftreten der Meldungen in der englischen Presse damit erklärt, daß seit Wochen und Monaten in hawinitischen polnischen Blättern Departikel erschienen sind, in denen u. a. auch die Befreiung der Doppelrechte der Freien Stadt gefordert wurde. Von polnischer Seite wird darauf hingewiesen, daß gestern die Frist für die vorläufige Regelung des Aufenthaltsrechts polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen abgelaufen sei und angenommen, daß dieser Umstand zu mißverständlichen Auslegungen geführt habe.

Ein polnisches Dementi

London, 3. Mai.

Lauf Mitteilung der hiesigen polnischen Botschaft hat der polnische Botschafter im Auswärtigen Amt vorgelesen, um die Aufmerksamkeit auf die völlig unwahren Berichte dreier Londoner Zeitungen über angebliche aggressive Absichten Polens auf Danzig zu lenken.

Neuer deutscher Schritt in Litauen.

Berlin. (Zuspruch.) Der deutsche Gesandte in Rowno hat, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, gestern erneut einen Schritt bei der litauischen Regierung wegen der Memelangelegenheit unternommen. In einer Unterredung mit dem litauischen Außenminister hat der Gesandte noch einmal die Aufmerksamkeit der litauischen Regierung auf die Vorgänge hingelenkt, die nach Aufstellung Deutschlands einen Verstoß gegen das Memelstatut bedeuten und abgestellt werden müssen.

In politischen Kreisen wird daran erinnert, daß bereits bei den Wahlen für den memelländischen Landtag im Jahre 1930 ein ähnliches Verhalten der Litauer zu einer Beschwerde beim Völkerbund geführt und dann seine Erledigung in einem Schriftwechsel zwischen dem damaligen deutschen Außenminister Dr. Curtius und dem litauischen Außenminister Staunus gefunden hat. Staunus hatte seinerzeit namens der litauischen Regierung eindeutige Zusicherungen für eine unbeeinträchtigte Abtretung und Wahlpropaganda gegeben. Damals wurden die bereits rein proklamtisch zusammengescherten Wahlkreisformationen und Wahlvorstände entsprechend dem Stärkeverhältnis der Parteien umgebildet, so daß auch die deutschen Parteien

auf Grund einer überwiegenden Mehrheit genügende Vertretung bekamen. Auf diesen Schriftwechsel ist in den verschiedenen Notizen Deutschlands an Litauen und die Signatarmächte Bezug genommen worden.

Im übrigen scheinen die verschiedenen Schritte Deutschlands, wie auch die der Signatarmächte insofern einen gewissen Erfolg gehabt zu haben, als in den letzten Tagen keine Ausschreitungen mehr gegen die Wahlpropaganda gegen die Memeldeutschen vorgekommen sind. Diese Tatsache darf aber nicht dazu führen, nun alles in better Ordnung zu halten; es wird unbedingt notwendig sein, auch für den Rest des Wahlkampfes schärfste Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Dinge im Memelland zu richten.

In diesem Zusammenhang verdienen Gerüchte Erwähnung, die davon sprechen, daß von unbefangener litauischer Seite 50 000 gefälschte Stimmzettel der memelländischen Volkspartei an die Wähler verschickt worden sind, um dadurch offenbar das Wahlergebnis im litauischen Sinne zu beeinflussen. Es handelt sich dabei, wie gesagt, um Gerüchte, deren Richtigkeit von amtlicher Seite bisher noch nicht nachgeprüft werden konnte.

triebes vorzunehmen. Möglich, daß sie bisher die regierende Linke verfolgte, um das nationale Schlagwort für die Wahlen zu sichern, jetzt aber nach den Wahlen heillosig genug ist, Frankreich in keine Katastrophe zu führen. Denn die Isolierung Frankreichs besteht unbedingt, und wenn Frankreich sich der naturnotwendigen Entwicklung allein entgegenstellt, so muß es zu allererst die Konsequenzen tragen. Die französische Regierung muß darüber klar sein, daß sie nicht nur das Wirtschaftsschaos vermehrt, sondern die Folgenwirkung in Frankreich in kurzer Zeit fühlbare Eingriffe zeigt und das französische Volk in Erkenntnis degangener Fehler eine plötzliche Umstellung vollziehen, wie sie in der französischen Geschichte ja oft genug nachweisbar ist. Es bleibt also abzuwarten, ob nicht doch aus den französischen Wahlen, nachdem sich die Regierung die Existenz gesichert hat, ein Kurswechsel, wenn auch mit vielen Einschränkungen und, wie die franz. Regierung behauptet, mit den notwendigen Sicherungen, vorgenommen wird. Bei der nächsten Zusammenkunft in Genf wird Lardieu, von seiner politischen Krankheit geheilt, offensivere Töne, welche Behren er selbst aus den Vorgängen der letzten Zeit gezogen hat. Daß der Optimismus der anderen Länder nicht gerade groß ist, läßt sich verstehen. Jedenfalls hat der französische Wähler die Verantwortung für die vernünftige Politik nicht übernommen, sondern auf Treu und Glauben das Schicksal Frankreichs und, da der Einfluß Frankreichs unbedingt ist, die Entscheidung über die Gestaltung der großen politischen und wirtschaftlichen Weltvorgänge, in die Hände der französischen Regierung gelegt.

Brüning berichtet dem Kabinett über Genf.

Berlin. Der Bericht, den der Kanzler gestern nachmittag dem Kabinett über die außenpolitische Situation erstattete, erstreckte sich eingehend auf alle Fragen, die in den Genfer Besprechungen mit den ausländischen Staatsmännern behandelt worden sind, vor allem also auf die Abrüstungskonferenz, die Reparationsfrage und das Donauproblem. Danach hat Dr. Brüning in Genf keinen Zweifel an der Bestimmtheit und Klarheit des Standpunktes gelassen, den Deutschland in diesen Fragen einnimmt. Das gilt in erster Linie für das absolute Bestehen auf Gleichberechtigung in der Abrüstung und gilt weiter vor allem auch für das Festhalten an der Linie der deutschen Repa-

rationspolitik. Die Darlegungen Dr. Brüning wurden im einzelnen noch ergänzt durch Staatssekretär Dr. Bülow und Ministerialdirektor Graf Schwerin v. Krosigk, der bekanntlich der erste deutsche Sachverständige für die wirtschaftliche und finanzielle Seite des Donauprobblems ist. Mit der gestrigen Kabinettsitzung sind nun die Beratungen eingeleitet worden, die die Lösung all der bedeutsamen Fragen bringen sollen, die in der nächsten Zeit geregelt werden müssen.

Berücksichtigung der Devisenbestimmungen für den Reiseverkehr ins Ausland.

Berlin. (Zuspruch.) Die Devisenlage macht einige Verschärfungen der Bestimmungen für den Reiseverkehr nach dem Ausland und dem Saargebiet notwendig.

Die Devisenbestimmungen werden für geschäftliche Reisen fortan den Nachweis der Dringlichkeit der Reise verlangen. Bei Reisen zum Kurzgebrauch im Ausland ist hierbei die Vorlage eines amtärztlichen Zeugnisses erforderlich.

Von einigen ausländischen Kurverwaltungen usw. sind in letzter Zeit Prospekte verschickt worden, in denen deutschen Kurgästen empfohlen wird, bei einem beabsichtigten Kuraufenthalt im Auslande bereits einige Monate vor Eintritt der Reise regelmäßig Ueberweisungen im Rahmen der Freigrenze vorzunehmen. Es wird davor gewarnt, auf solche Empfehlungen einzugehen, da dieses Verfahren eine Umgehung der Devisenvorschriften darstellt. Auch bei Geschäftsreisen wird strenger als bisher darauf geachtet werden, daß die Anforderungen an Devisen als berechtigt anerkannt werden können.

Zur Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin“.

Hamburg. (Zuspruch.) Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin“ heute früh um 4 Uhr Greenwicher Zeit auf 32.11 Grad nord und 19.20 Grad west, nordwestlich der Kanarischen Inseln.

Friedrichshafen. Nach einem Zuspruch von Bord des „Graf Zeppelin“ befand sich das Luftschiff um 9 Uhr 30 MEZ. über La Palma.